20. November 2023

Silvia Engels im Gespräch mit Svenja Schulze

Engels: Neben den weiterhin dominanten Themen, Ukraine und Nahost, will die Bundesregierung heute zeigen, dass sie in ihrer Außenpolitik in großen Bögen denkt. Sie hat afrikanische Mitgliedsstaaten der sogenannten 'Compact with Africa'-Initiative für heute nach Berlin geladen. Diese im Jahr 2017 geschlossene Vereinbarung sieht vor, mit Staaten wie Ägypten, Marokko oder Tunesien, aber auch Ghana, Guinea oder Äthiopien den wirtschaftlichen Austausch zu stärken. Und am Telefon ist eine der Gastgeberinnen, Svenja Schulze von der SPD, Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Guten Morgen, Frau Schulze.

Schulze: Ja, guten Morgen.

Engels: Es geht heute darum, die Felder für wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter auszuloten, Wirtschaftsenergiekooperationen mit afrikanischen Staaten zu vertiefen. Ich zähle mal die Länder auf, die zur 'Compact with Africa'-Initiative gehören. Ägypten, Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Ghana, Guinea, Marokko, Ruanda, Senegal, Togo und Tunesien. Was stellen Sie diesen Staaten in Aussicht?

Schulze: Erst mal ist der Kern dieses 'Compact with Africa' ja Reformen, die zu mehr Jobs führen. Und das ist enorm wichtig. Und was wir jetzt neu, stärker miteinander diskutieren, ist die Qualität dieser Jobs. Denn wir sind uns einig, dass die Jobs nachhaltig sein müssen, dass sie zu Klimaschutz auch beitragen müssen, weil ja vollkommen klar ist, auf einem toten Planeten wird es am Ende auch keine Jobs geben. Und diese qualitativen Entwicklungen, was für Jobs können wir eigentlich gemeinsam schaffen, das steht jetzt stärker im Fokus.

Engels: Zusammenarbeit erhoffen Sie sich ja vor allem bei der Energiegewinnung. Wie begegnen Sie denn der Sorge vieler afrikanischer Staaten, dass es dann doch nur nach wie vor darum geht, als Rohstofflieferant gefragt zu sein?

Schulze: Es ist sehr wichtig, dass wir deutlichmachen, dass es darum geht, Energie erst mal für die afrikanischen Staaten selber zu gewinnen. Wir vergessen das ja manchmal, aber es haben noch nicht alle Menschen auf dem afrikanischen Kontinent Zugang zu Energie. Das ist aber ein ganz wichtiger erster Schritt. Und dann erst reden wir über Weiteres. Viele der afrikanischen Staaten bereiten sich ja darauf vor, zum Beispiel Wasserstoff zu produzieren, weil sie einfach so viele Erneuerbare Energien haben. Kenia zum Beispiel ist schon in der Lage, fast … also, 90 Prozent der eigenen Energie über Erneuerbare zu produzieren. Und der nächste Schritt dann, selber Wertschöpfung zu haben, selber neue Jobs zu entwickeln in dem Bereich des Wasserstoffes, ist jetzt nicht mehr weit. Und das wirklich miteinander zu tun, partnerschaftlich zu tun, das ist der Kern des 'Compact with Africa'.

Engels: Jobs in Afrika zu schaffen, Perspektiven in Afrika zu schaffen, auch für neue Wirtschaftszweige, das klingt natürlich alles gut. Aber in der 'Compact with Africa'-Gruppe sind mit Guinea und Burkina Faso direkt zwei Staaten, in denen in diesem Jahr geputscht wurde. Machen Sie also, wenn Sie dort Hilfe hingeben, Militärregime stark?

Schulze: Nein, wir haben da ganz klare Vereinbarungen. Beide Länder sind auch nicht zur Konferenz jetzt eingeladen, denn es gibt ja keine legitimierten gewählten Regierungen. In solchen Ländern arbeiten wir zum Beispiel mit der Entwicklungszusammenarbeit dann auf der lokalen, auf der regionalen Ebene und versuchen unmittelbar dort den Menschen zu helfen, also Wasserversorgung aufzubauen, lokale Landwirtschaft zu stärken, die Ernährungssicherheit nach vorne zu bringen, aber eben nicht diese Zusammenarbeit, die wir mit den anderen Staaten haben. Wobei ich noch mal betonen will, es ist wirklich wichtig, dass wir da Brücken bauen. Wir machen uns das in Europa zu wenig klar, aber wir sind nur noch 447 Millionen Menschen in Europa, ungefähr. 1,4 Milliarden leben heute schon auf dem afrikanischen Kontinent. Mitte des Jahrhunderts werden es 2,5 Milliarden sein. Also, wir sind gut beraten, mit diesen aufstrebenden Staaten, mit dieser größten Jugendgeneration aller Zeiten wirklich Partnerschaften zu pflegen, Kontakte aufzubauen, Brücken zu bauen. Und ich finde es sehr beeindruckend wie viele Staatschefs jetzt hier nach Deutschland kommen, wie viele Staatschefs mit uns darüber reden wollen, die diese Beziehung vertiefen wollen. Das ist schon ein ganz, ganz wichtiges Signal.

Engels: Ein Signal schon. Auf der anderen Seite, selbst wenn es keine Putschisten-Staaten sind, gibt es auch Mitglieder dieser Gruppe, in der nach wie vor autoritäre Herrschaftsstrukturen an der Tagesordnung sind und in denen Menschenrechte häufig nicht viel zählen. Muss die wertegeleitete Außenpolitik zurückstehen, um eben hier Kontakte mit diesen Staaten trotzdem auszubauen?

Schulze: Na ja, wir müssen ja leider wahrnehmen, dass fast 70 Prozent der Menschen auf der Welt in autoritären Staaten leben. Und wir können uns nicht von zwei Dritteln der Welt abkoppeln, sondern wir müssen gezielte Partnerschaften suchen. Wir müssen für Demokratie ja auch werben. Wir sind ja davon überzeugt, dass das die bessere Regierungsform ist. Und deutlich machen, dass es mit uns faire Partnerschaften gibt, dass wir handeln wollen. Wir wollen Lithium, wir wollen Kobalt zum Beispiel für die Erneuerbaren Energien aus afrikanischen Ländern haben, aber wir wollen das so tun, dass dort nachhaltige Arbeitsplätze entstehen, dass da keine Kinderarbeit drin ist, dass die Umwelt nicht zerstört wird. Und solche Partnerschaften, die eben auch eine Perspektive für die Länder bieten, solche Partnerschaften bieten wir an.

Engels: Dann blicken wir noch mal genau auf die Länder Ägypten, Marokko und Tunesien. Sie sind Mitglieder dieser Compact-Gruppe und das sind Länder, mit denen die EU, aber auch Deutschland, ja Rückführungsabkommen im Bereich Migration schließen will. Erhöhen Sie hier nun den Druck im Sinne „nur mehr Wirtschaftskooperation, wenn ihr eure Staatsbürger mit abgelehntem Asylantrag umfassend zurücknehmt“?

Schulze: Ich finde, erst mal darf man Marokko und Tunesien nicht in einen Topf werfen, auch, wenn sie beide in Nordafrika liegen. Wir wollen Migrationsabkommen machen. Und unser Beauftragter dafür, der Joachim Stamp, ist da inzwischen auch sehr weit gekommen. Und diese Migrationsabkommen sagen: Ihr könnt legale Zuwanderung für die vielen jungen Leute, für die ihr keine Perspektiven im eigenen Land habt, wir können legale Zuwanderung organisieren. Dafür müsst ihr aber auch diejenigen, die bei uns, in unserem Rechtssystem abgelehnt wurden, die keine Perspektive in Deutschland haben, wieder zurücknehmen. Und das ist ein fairer Handel miteinander. Das ist etwas, wovon alle Seiten etwas haben. Und das voranzubringen, das ist wirklich ein wichtiger Schritt. Das Argument, was ja so jetzt gerade mal eben mitschwingt, nämlich zu sagen, na ja, wenn die sich nicht ordentlich benehmen, dann

streichen wir denen die Entwicklungszusammenarbeit, ich weiß gar nicht, wo dieser Gedanke herkommt, denn wir glauben dann ja offensichtlich, dass wir diese Staaten erziehen könnten. Das sind aber selbstbewusste Staaten. Das sind keine Kinder, mit denen wir da verhandeln. Wir können Zusammenarbeit, Kooperation nicht erzwingen durch Drohung, sondern man muss einen fairen Handel anbieten. Und das ist das, was wir jetzt erstmalig als Bundesregierung wirklich auf den Weg bringen. Und ich bin fest davon überzeugt, dass das deutlich erfolgreicher sein wird.

Engels: Es geht ja nicht um streichen direkt sämtlicher Wirtschaftsförderpolitik, aber in Zeiten der Realpolitik geht es vielleicht darum, Interessen deutlicher zu machen und da eben die Wirtschaftsförderpolitik genau mit als ein Interesse reinzunehmen. Denn wir sehen ja, dass bislang die Bemühungen hier Migrationsabkommen zu schließen, noch nicht erfolgreich waren. Wäre das nicht also einfach ein Hebel der realpolitisch stärker hier reingehört?

Schulze: Na ja, das ist aber dann ja ein Hebel, der positiv ist, zu sagen, wir arbeiten stärker zusammen, wenn wir auch gemeinsame Regeln miteinander haben und die Menschen, die aus Marokko bei uns sind, die dort nicht bleiben können, dass die wieder in ihre Heimat zurückkönnen und wir damit aber auch eine Partnerschaft vertiefen und mehr miteinander zusammenarbeiten wie wir das zum Beispiel mit Marokko machen bei grünem Wasserstoff. So welche partnerschaftlichen Abkommen, das miteinander, nach vorne gewandt Dinge diskutieren und vereinbaren, über gute Jobs auch reden, die ja in den Ländern entstehen müssen für die vielen jungen Leute, die da sind, das ist das, was wir wollen und was wir auch mit diesen Migrationsabkommen vereinbaren.

Engels: In Berlin startet heute ein großer Afrika-Gipfel. Über die Perspektiven sprachen wir mit Svenja Schulze von der SPD, Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, vielen Dank für das Gespräch heute früh.

Schulze: Danke auch.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.